

ein klares, konkretes Programm zur Gesundung des internationalen politischen Klimas, eine reale Alternative zum imperialistischen Kurs auf politische und militärische Konfrontation.

Die DDR und die UdSSR werden konsequent danach streben, diese Friedensinitiativen zu verwirklichen. Sie sind bereit, dabei mit allen interessierten Staaten konstruktiv zusammenzuarbeiten. Insbesondere wurde die Aktualität des Vorschlages unterstrichen, einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedern des Nordatlantikpakt abzuschließen. Der Abschluß eines solchen Vertrages würde die Lage militärisch wie auch politisch radikal verbessern.

Beide Seiten treten entschieden dafür ein, das Wettrüsten, vor allem auf nuklearem Gebiet, zu zügeln. Sie sind der Ansicht, daß die Politik der Staaten heute vor allem danach zu beurteilen ist, welche Position sie in dieser Frage einnehmen.

Die Delegation der DDR bekundete ihre volle Unterstützung für die jüngsten Vorschläge der Sowjetunion zur Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen. Diese Vorschläge, die strikt auf dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit der Seiten basieren, eröffnen die Möglichkeit, die militärische Konfrontation zu vermindern und Vereinbarungen über die radikale Reduzierung der Kernwaffenarsenale zu erreichen.

Die DDR und die UdSSR schätzen die von Washington in den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen in Europa unterbreitete „Zwischenlösung“ als unannehmbar ein. Diese Variante hat ebenso wie die berüchtigte „Null-Lösung“ letzten Endes nur ein Ziel - der Sowjetunion und ihren Verbündeten eine einseitige Abrüstung aufzuzwingen. Es ist völlig offensichtlich, daß diese „Lösungen“ nicht auf eine gegenseitig annehmbare Vereinbarung, sondern auf den Betrug der Öffentlichkeit abzielen.

Das Erscheinen neuer amerikanischer Kernwaffen mittlerer Reichweite auf dem Territorium westeuropäischer Staaten würde nicht nur für den europäischen Kontinent, sondern für die ganze Welt eine äußerst ernste Gefahr heraufbeschwören und zu einer neuen Runde des Wettrüstens führen. Die Sowjetunion würde vor die Notwendigkeit gestellt, Gegenmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des militärisch-strategischen Gleichgewichts zu ergreifen. Das wären jedoch, wie die sowjetische Führung wiederholt betonte, erzwungene Maßnahmen. Die UdSSR zieht es vor, diese Frage nicht durch die Aufstockung der Rüstungen, sondern durch eine Vereinbarung mit den USA über die Reduzierung der in Europa vorhandenen nuklearen Rüstungen mittlerer Reichweite auf der Grundlage der Gleichheit und gleichen Sicherheit zu lösen. Die Delegation der DDR bekundete ihre volle Unterstützung für die sowjetische Position.

In Genf ist ein Abkommen über Mittelstreckenwaffen möglich. Dazu muß der